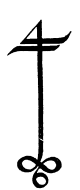
Inhaltsverzeichnis
für „Ostland“, Jahrgang 1937



(Mit * bedeutet Aufsatz.)

Deutsch-polnische Beziehungen

Deutschtum in Polen

Volksgruppen in Polen

Polen in Deutschland

Danziger Fragen

Neues aus Polen

Memel und die baltischen Staaten

Tschecho-Slowakei

Aus dem deutschen Osten

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61, Lankwitzstraße 2–3 * Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Illstraße 2 * Druck: Westkreuz-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Moltkestr. 7 * Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr * Anzeigenpreisliste 4 * J. v. W. g. * Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Motzstr. 46 (Fernruf B 5 Barbarossa 0914) zu richten

Nr. 1	Berlin, den 1. Januar 1937	18. Jahrgang

Polen am Jahresende

In der Ausgestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen haben im vergangenen Jahre keine Fortschritte erzielt werden können. In wirtschaftlicher Hinsicht sind, vor allem in der Frage des Korridortransitverkehrs und des gegenseitigen Warenaustausches mehrfach Verhandlungen durchgeführt worden, die jedoch noch nicht zu einem für längere Zeit befriedigenden Abschluß gebracht werden konnten. Die kulturellen Beziehungen sind im allgemeinen nur stockend und tastend fortgepflegt worden; sie haben sichtbar unter der Weigerung des polnischen Partners gelitten, in Warschau eine dem Deutsch-polnischen Institut in Berlin entsprechende Institution zu errichten. Eine gewisse Aktivität hat sich auf verlegerischem und filmischem Gebiete entwickelt; doch kann man die Früchte dieser Aktivität nur mit recht spärlichen Ausnahmen ohne Vorbehalte als nützliche Beiträge zur deutsch-polnischen Annäherung bezeichnen. Von deutscher Seite wird in dieser Beziehung in Zukunft größerer Wert auf die Einhaltung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit gelegt werden müssen. Das gilt vor allem auch in bezug auf das deutsch-polnische Presseabkommen. Ein weiteres Beharren auf der These, daß die deutsche Regierung, die über eine „gleichgeschaltete“ Presse verfüge, durch dieses Abkommen verpflichtet sei, jede Aeußerung zu unterdrücken, die als „polenfeindlich“ ausgelegt werden könnte, daß aber die polnische Regierung, die mit einer oppositionellen Presse zu rechnen habe, nicht die Garantie für ein loyales Verhalten der polnischen Presseorgane übernehmen könne, muß mit Bestimmtheit zurückgewiesen werden. Das um so mehr, als die genaue Beobachtung der polnischen Presse beweist, daß die polnische Regierung sehr wohl in der Lage, ist, die Organe der öffentlichen Meinungsbildung ihres Landes zum mindesten in außenpolitischen Fragen in dem von ihr gewünschten Sinne zu dirigieren, — sofern sie Wert darauf legt.

Man kann feststellen, daß der deutsch-polnische Gewaltverzichtspakt heute von allen politischen Kreisen Polens als ein brauchbares Instrument der Außenpolitik anerkannt wird. Aber es muß, um etwaigen Irrtümern vorzubeugen, sogleich hinzugefügt werden, daß sich diese Tatsache nicht etwa auf eine veränderte Einstellung der Kreise zurückführen läßt, die den Pakt ursprünglich mehr oder weniger scharf kritisiert und abgelehnt haben. Man muß im Gegenteil die Beobachtung machen, daß sich in der Auslegung und Handhabung des Paktes im wesentlichen die Auffassung eben dieser Kreise durchgesetzt hat. Das heißt: die Propagandisten einer antideutschen Politik haben sich dank ihres innerpolitischen Schwergewichtes in dem Gebäude des deutsch-polnischen Paktes häuslich einzurichten verstanden, ohne auf ihre grundsätzliche Einstellung gegenüber Deutschland verzichtet zu haben. Es entspricht dieser Erscheinung, wenn sich im vergangenen Jahre die macht- und volkspolitische Entwicklungstendenz Polens nach Westen und Nordwesten mit wachsender Schärfe und fühlbarer werdender Agressivität ausgeprägt hat. Es sei nur darauf verwiesen, wie [illegible] in Zeitungen und Versammlungen die Vernichtung des-

Im Jahre 1936 haben der Bund Deutscher Osten und seine Zeitschrift „Ostland" sich mit Nachdruck mit den Fragen und Aufgaben der deutschen Ostgrenze befaßt: frei von Imperialismus, in grundsätzlicher Bejahung der Möglichkeit und Nützlichkeit einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit gegen den Bolschewismus, aber auch in klarer Erkenntnis völkischer Reibungspunkte und Schwierigkeiten.

In dem großen weltanschaulichen Ringen in Osteuropa braucht Deutschland eine starke Ostgrenze, an der der völkische Wille der Gesamtnation lebt. Die Ostgrenze zu stärken, wird auch im neuen Jahre die mit allen Kräften verfolgte Aufgabe des Bundes Deutscher Osten und seiner Zeitschrift „Ostland" sein.

Dr. Oberländer,
Leiter des Bundes Deutscher Osten.

---

deutschen Besitzstandes verlangt wird, oder wie die polnischen Volkssplitter in Deutschland zu „Millionenmassen unerlöster Brüder" aufgebauscht werden, oder wie im In- und Auslande zielbewußt darauf hingearbeitet wird, ein polnisches Besitzrecht an ostpreußischem oder schlesischem Reichsboden glauben zu machen, oder wie hartnäckig die Unterordnung der Freien Stadt Danzig unter die Befehlsgewalt Polens verlangt wird. Das alles ist auch nach dem Abschluß des Gewaltverzichtspaktes und des Presseabkommens in Polen eine ganz selbstverständliche Erscheinung geblieben bezw. geworden.

Anders als im vorhergehenden hat die polnische Außenpolitik im vergangenen Jahre eine lebhafte Entwicklung genommen. Aber diese hat sich nicht, wie es nach dem Abschluß des Gewaltverzichtspaktes zunächst den Anschein gehabt hat, in östlicher, sondern gleichfalls in westlicher und nordwestlicher Richtung erstreckt. Die Fühlungnahme mit England hat der Festigung der polnischen Stellung an der Ostsee gegolten. In Genf hat Polen den Danziger Konflikt mit dem Völkerbund dazu benutzt, um sich der Freien Stadt gegenüber zum Richter in eigener Sache einsetzen zu lassen. Auch die Anmeldung der polnischen Kolonialforderung kennzeichnet den Expansionswillen Polens aufs Meer. Und über den Sinn des Bündnisses mit Frankreich, dessen Erneuerung auch die unentwegten Endeken mit der Außenpolitik des Obersten Beck wieder ausgesöhnt hat, hat es niemals einen Zweifel gegeben. Dagegen ist von einer besonderen politischen Unternehmungslust Polens nach Osten im vergangenen Jahre weniger zu spüren gewesen. Das ist zunächst aus der innerpolitischen Lage heraus zu verstehen. Volkspolitisch befindet sich Polen auf dem Rückzug aus den von Ukrainern und Weißrussen bewohnten Gebieten; daran hat letzten Endes auch die Siedlungs- und Beamtenpolitik in den östlichen Wojewodschaften nichts zu ändern vermocht. Das ukrainische Ostgalizien ist innen- und außenpolitisch die gefährlichste Schwächezone des polnischen Staates geworden. Die auch im vergangenen Jahre wiederholten Versuche Polens, seinen Führungsanspruch in den Randstaaten durchzusetzen, sind im wesentlichen wieder mißlungen. Das erneuerte Bündnis mit Rumänien ist zwar ein Erfolg; es trägt aber, da es die ostgalizische Gefahrenzone zu entlasten bestimmt ist, einen ausgesprochen defensiven Charakter. Das Verhältnis zur Tschechoslowakei hat ebensowenig einer befriedigenden Lösung zugeführt werden können, wie es Polen gelungen ist, sich Litauen gegenüber zur Geltung zu bringen. Als große ungelöste Frage lastet auf Polen das Verhältnis zu seinem Nachbarn im Osten.

Im ganzen hat Polen im vergangenen Jahre an außenpolitischem Spielraum gewonnen. Es hat diesen Spielraum vor allem nach Westen gesucht und zum Teil auch gefunden. Die Tatsache, daß sich die deutsche Außenpolitik eine weitgehende Zurückhaltung gegenüber den östlichen Nachbarn des Reiches auferlegt hat, ist Polen dabei unverkennbar zunutze gekommen. So kann man das vorsichtig formulierte und unverbindliche Bekenntnis, das der polnische Außenminister am 18. Dezember v. J. in seiner Senatsrede zum deutsch-polnischen Pakt abgelegt hat, durchaus verstehen: daß nämlich „der große und mutige Entschluß zu einer freundschaftlichen Gestaltung der Beziehungen" zwischen Deutschland und Polen auch weiterhin seinen Wert für die polnischen Interessen wie für die europäische Gesamtpolitik besitzen werde. Dr. K.

Zwei memelländische „Gedenktage"

Das Memelgebiet steht in diesen Tagen zwischen zwei „Gedenktagen", die der Geschichte dieses deutschen Landes ihren besonderen Stempel aufgedrückt haben. Am 17. Dezember 1936 waren zehn Jahre seit der Einführung des Kriegszustandes vergangen, und am 15. Januar 1937 jährt sich zum 14. Male der Tag der Besetzung des Gebietes durch die Litauer.

Vierzehn Jahre unter fremder Herrschaft! Zehn Jahre unter Kriegszustand! Diese Daten kennzeichnen besser als viele Worte das Schicksal eines Landes, das ohne Volksbefragung und gegen den Willen seiner Bewohner vom Reich abgetrennt und nach mehreren Jahren französischer Besetzung den Litauern in die Hände gespielt wurde. Die Litauer behaupteten — nachdem die französische Besatzung vor den anrückenden Kolonnen des litauischen Obersten Budrys die weiße Fahne gehißt und das Hasenpanier ergriffen hatte — als „Befreier vom Franzosenjoch" ins Land gekommen zu sein. Aber das Memelgebiet mußte bis zum 19. Oktober 1925 warten, bis es entsprechend dem im Memelabkommen festgelegten Autonomiestatut seinen ersten Landtag wählen durfte. Das Ergebnis war, daß von 29 Abgeordneten 27 Deutsche und 2 Litauer gewählt wurden. Deutlicher konnte die Versailler Fehlentscheidung der Abtrennung des Gebietes vom Reich nicht gekennzeichnet werden.

Trotzdem haben sich die Memelländer bereit erklärt, loyal am Aufbau des litauischen Staates mitzuarbeiten und sie haben dieses Versprechen voll eingehalten, trotz aller Enttäuschungen und trotz des Mißtrauens, das ihnen immer wieder von litauischer Seite entgegengebracht wurde, und trotz der ständigen Meinungsverschiedenheiten über Auslegung und Anwendung des Autonomiestatuts, die die Memelfrage von Zeit zu Zeit immer wieder in den Brennpunkt der internationalen Politik rückten.

Seit Ende des Jahres 1935 wird das Memelgebiet wieder von einer aus Deutschen bestehenden Landesregierung verwaltet, die das Vertrauen der Mehrheit der memelländischen Bevölkerung genießt und die sich in dem im September 1935 gewählten Landtag auf einen festen Block von 24 Abgeordneten der memelländischen Einheitsliste (gegenüber 5 Litauer) stützen kann. Mit dem Abschluß des deutsch-litauischen Wirtschaftsvertrages Anfang August 1936 fielen nach langer Zeit die Hemmnisse, die sich als Folge der Spannungen um das Memelgebiet zwischen Deutschland und Litauen aufgehäuft hatten. Nicht nur das Memelgebiet, sondern vor allem auch Litauen hatte wieder einen Absatzmarkt für seine landwirtschaftliche Uebererzeugung gefunden. Mitte Oktober wurde der bisherige Gouverneur Kurkauskas abberufen und durch den Kauener Obernotar Kubilius ersetzt. Und zum Jahresende 1936 konnte auch der rechtmäßige Oberbürgermeister von Memel, Dr. Brindlinger, der im Verlauf der großen Litauisierungsaktion 1934 seines Postens enthoben worden war, sein Amt wieder übernehmen.

Aber es gibt noch eine ganze Reihe schwerwiegender Fragen, die ungelöst zwischen Memel und Kauen stehen. Hierzu gehört vor allem auch der Kriegszustand. Schon die Art der Einführung dieses Ausnahmezustandes hatte den Widerspruch der Memelländer hervorrufen müssen. Denn die Memelländer hatten mit dem Umsturz am 17. Dezember 1926, der den äußeren Anlaß zur Verhängung des Kriegszustandes in Litauen bildete, nicht das geringste zu tun gehabt; im Memelgebiet war es auch während der Umsturztage, die die heutige Regierungsgruppe der Tautininkai an die Macht brachten, vollkommen ruhig geblieben. In Artikel 20 des Autonomiestatuts wird ausdrücklich bestimmt, daß die Ordnung im Memelgebiet durch die örtliche Polizei aufrecht erhalten werden soll. Nur im Notfalle können die memelländischen Behörden die litauische Regierung um Beistand ersuchen. Dieser Notfall war aber weder damals eingetreten noch hat sich später jemals für eine autonome Behörde die Notwendigkeit ergeben, den Kriegskommandanten ins Land zu rufen. Die Memelländer vertreten also mit Recht den Standpunkt, daß der Kriegszustand im Widerspruch zum Autonomiestatut steht, um so mehr, als der Kriegskommandant, der litauische Oberst Liormonas, sich Machtvollkommenheiten anmaßt, die eine Wiederkehr normaler Verhältnisse trotz aller deutsch-litauischen Verständigungsbemühungen einfach unmöglich machen.

Schon die Bestrafungen, die der Kriegskommandant völlig selbstherrlich verfügt und bei denen die Wendung „Aufhetzung des einen Teils der Bevölkerung gegen den anderen“ immer wiederkehrt, bilden eine Quelle ständiger Reibereien und Unzuträglichkeiten. Ebensowenig ist das mit dem Kriegszustand groß gewordene Spitzelwesen geeignet, ein Vertrauensverhältnis aufkommen zu lassen. Auch das Urteil im Kownoer Kriegsgerichtsprozeß steht immer noch trennend zwischen Memel und Kauen. Gewiß, der litauische Staatspräsident hat auch jetzt wieder in den Tagen vor Weihnachten acht Memelländern die Strafe erlassen. Von den insgesamt 87 Verurteilten sind 27 bisher begnadigt worden, 4 brauchten die Strafe nicht anzutreten, einer ist im Gefängnis gestorben und 11 haben die Strafe verbüßt; aber 44 Deutsche, die damals vom Kriegsgericht verurteilt wurden, darunter Dr. Neumann und Freiherr von Saß, befinden sich immer noch in litauischen Zuchthäusern! Das Memelland erwartet, daß ihm im Jahre 1937 die noch ausstehende Erfüllung seiner berechtigten Forderungen zuteil wird und daß die langersehnte Befriedigung des deutsch-litauischen Verhältnisses durch die Beseitigung der politischen Maßnahmen eintritt, die zu den Worten der Memelkonvention in Widerspruch stehen, die geschlossen wurde, „um dem Memelgebiet Autonomie zu gewähren und die überlieferten Rechte und die Kultur seiner Bewohner zu wahren . . .“

Die litauische Gegnerschaft

Es ist Polen zwar gelungen, seinen Einfluß in den baltischen Staaten, vornehmlich in Estland zu mehren. Aber seinem Ziel, diesen Staaten gegenüber eine führende Rolle zu spielen, ist es nicht näher gekommen. Die verschiedenen Besuche, gemeinsamen Gedenkfeiern, Presse- und Wirtschaftsabkommen haben zu einer Annäherung an dieses Ziel nichts Wesentliches beizutragen vermocht. Die Beziehungen Polens zu Estland sind gut; aber selbst Estland denkt nicht daran, sich durch eine betont polnische Orientierung seiner Außenpolitik in irgendwelche Unannehmlichkeiten zu stürzen. Die polnischen Beziehungen zu Lettland sind im allgemeinen normal. Aber Lettland ist für Polen kein sicherer Posten. Es gibt da verschiedene Dinge, die geeignet sind, die beiden Partner mißtrauisch gegeneinander zu machen. Es muß für die Polen, die in Lettland nicht nur einen Zugang zum Meere, sondern auch eine Flankendeckung gegen die Sowjetunion suchen, eine wenig Vertrauen erweckende Erinnerung sein, daß sich seiner Zeit lettische Regimenter bei der Aufrichtung der bolschewistischen Herrschaft in Rußland besonders hervorgetan haben, eine Erinnerung, die sich mit der Beobachtung einer gewissen geistigen Anfälligkeit der lettischen Intelligenz für moskophile Ideen verbindet. Auch auf lettischer Seite ist ein nicht ganz unbegründetes Mißtrauen gegen Polen vorhanden; es beruht auf den besonderen Verhältnissen Lettgallens: Dieses Land östlich der Ewst ist für Lettland ein schwieriges und geradezu beängstigendes Problem in konfessioneller wie in nationaler, in sozialer wie in biologischer Hinsicht, ein Problem, an dessen Lösung das benachbarte Polen jedenfalls nicht unbeteiligt sein möchte. Je näher die baltischen Staaten geographisch an Polen liegen, um so weniger erfreulich sehen ihre Beziehungen zu diesem mit überspannten Expansionsideen geladenen Staatswesen aus. Die Stufenleiter der politischen Stimmungen fällt von Estland über Lettland nach Litauen von gut über normal auf schlecht. An der Unüberbrückbarkeit des polnisch-litauischen Gegensatzes hat sich trotz aller Kulissenarbeit bisher, wenigstens sichtbar, noch nichts geändert. Litauen beharrt bei der in seiner Verfassung verankerten These, die das von Polen geraubte Wilna als seine eigentliche und Kauen nur als seine provisorische Hauptstadt bezeichnet; und andererseits bleibt Polen dabei, daß die Wilnafrage durch den Spruch der Botschafterkonferenz endgültig gelöst worden ist. Zwischen diesen beiden Thesen hat es bisher keinen Ausgleich gegeben.

Vorerst ist die baltische Politik Polens noch immer am litauischen Haken hängen geblieben. Das hat Oberst Beck vor kurzem in seinem außenpolitischen Rechenschaftsbericht vor dem Warschauer Senat zugeben müssen: Zweimal habe er im vergangenen Jahre in Genf in persönlichen Rücksprachen mit dem lettischen Außenminister die Frage der litauisch-polnischen Beziehungen und insbesondere auch die Frage der beiderseitigen völkischen Minderheiten zu klären versucht; sein reales Ziel, ein Mindest-

maß an gutnachbarlichen Beziehungen herzustellen, habe er jedoch nicht zu erreichen vermocht. Und in einem Artikel der „Polska Informacja Polityczna" ist kürzlich unumwunden festgestellt worden, daß es die litauische Außenpolitik fertiggebracht hat, der polnischen Nordostpolitik den Erfolg ihrer Bemühungen streitig zu machen: Nicht Polen, sondern Litauen ist heute der tonangebende Faktor in den Angelegenheiten des baltischen Blockes. Litauen hat die Zusammenarbeit mit Estland und Lettland zu einer Festigung seiner Position in der Wilnafrage auszunutzen gewußt. Die Zusammenarbeit der drei Randstaaten belastet die polnischen Beziehungen zu Estland und Lettland mit einer Streitfrage, die nach Warschauer Auffassung ausschließlich Polen und Litauen beschäftigen sollte. Die Frage einer engeren Zusammenarbeit mit Polen scheint für Estland und Lettland — entsprechend den litauischen Wünschen — an Aktualität verloren, der Gedanke der „baltischen Neutralität" dagegen an Bedeutung gewonnen zu haben. Dabei mag einerseits das zunehmende Selbstbewußtsein dieser Staaten mitspielen, die sich langsam von der ihnen gleichsam angeborenen Zwangsvorstellung, nur Objekt der europäischen Politik und nur Einflußsphären der konkurrierenden Großmächte zu sein, zu befreien beginnen; und andererseits mag die Befürchtung mitsprechen, daß Polen im Ernstfalle doch wohl nicht imstande sein wird, das Schicksal einer militärischen Besetzung durch die Rote Armee von ihnen zu wenden. Doch ist die Entscheidung zwischen Zusammenarbeit mit Polen und „baltischer Neutralität" noch nicht gefallen. Weder läßt sich bei aller grundsätzlichen Bereitschaft, den Gedanken einer „baltischen Gemeinschaft" zu pflegen, eine einheitliche außenpolitische Orientierung der drei Randstaaten feststellen, noch ist trotz aller bisherigen Fehlschläge mit einem Rückzug Polens aus „seiner" baltischen Sphäre zu rechnen.

Die Frage, die sich der polnische Nordostpolitik entgegenstellt, ist immer wieder dieselbe, nämlich die Frage, ob es eine Möglichkeit für die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Polen und Litauen gibt. Der polnische Einfluß in Estland und Lettland wiegt für die polnische Gesamtpolitik verhältnismäßig wenig, solange diese eine, grundlegende Frage nicht gelöst worden ist. Nachdem der Versuch, Litauen durch eine mittelbare Beeinflussung über Estland und Lettland zu einem Einschwenken auf die Linie der polnischen Politik zu bewegen, zu keinem Ergebnis geführt hat, ist damit zu rechnen, daß Polen in Zukunft mit größerem Nachdruck versuchen wird, diese heikle Frage auf unmittelbarem Wege zu lösen. Ueber die Aussichten eines solchen Versuches läßt sich schwer etwas sagen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die maßgebenden Kreise Litauens den latenten „Kriegszustand" mit Polen, den sie im Namen Wilnas seit über 15 Jahren aufrechterhalten, als einen Akt der staatlichen und völkischen Notwehr betrachten, daß sie die völlige Abriegelung gegen Polen für erforderlich halten, weil es ihnen gefährlich erscheint, das noch zu wenig gefestigte litauische Volkstum der Möglichkeit einer neuen geistigen Ueberfremdung durch Polen und den noch allzu gebrechlichen Staat dem Druck einer politischen und wirtschaftlichen Durchflutung von Polen her zu überlassen. Diese Befürchtung ist ohne Zweifel begründet. Es geht für Litauen bei dem Konflikt mit Polen nicht um Wilna allein; Wilna ist hierbei vielleicht nur ein Vorwand. Es geht um Staat und Volk überhaupt. Das aber bedeutet, daß sich eine Verständigung zwischen Polen und Litauen, falls sie zustande kommen sollte, angesichts der Ungleichheit der Partner über kurz oder lang zu einer polnisch-litauischen Union fortbilden würde. Und das wiederum wäre ein Umstand, der eine grundlegende Verschiebung der Machtverhältnisse an der Ostsee und damit notwendigerweise Konflikte hervorrufen müßte, im Vergleich zu denen man den gegenwärtigen Konflikt zwischen Litauen und Polen zum mindesten als das kleinere Uebel für Europa ansprechen muß.

Aus dem Leben eines Renegaten

Ein Deserteur ist schlimmer als fünf ehrliche Gegner. Das gilt für das militärische ebenso wie für das volkspolitische Gebiet. Unter den völkischen Deserteuren, denen die Klugheit, mit der stärkeren Seite Geschäfte zu machen, mehr gilt als der Mut, auf der schwächeren Seite zu kämpfen, hat in letzter Zeit der War-

schauer Generalsuperintendent der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Polen, D. Julius Bursche, besonders von sich reden gemacht. Er ist zwar nicht die treibende Kraft, aber als Renegat das ausführende Organ des polnischen Feldzuges gegen die Freiheit der evangelischen Kirche in Polen. Es lohnt sich daher, sich einmal mit der unerfreulichen Person dieses Bursche zu befassen, den weder seine kirchliche Würde noch sein hohes Alter vor dem Vorwurf des Volksverrates zu schützen vermag.

Bursche wurde als Sohn eines deutschen Webers in der Kolonie Turek in Kongreßpolen geboren. In diese, aus dem 12. Jahrhundert stammende Siedlung hielten im Jahre 1820 deutsch-evangelische Weber aus Schlesien, Sachsen und Westpreußen, daneben auch katholische Weber aus Böhmen ihren Einzug. Unter den Eingewanderten, die dem kleinen Polennest bald zu einer gewissen Blüte verhalfen, befanden sich auch ein Benjamin Müller und ein Johann Gotthelf Bursche aus Opach in Sachsen. Diese beiden sind die Großväter des heutigen Generalsuperintendenten Bursche in Warschau. Bis zum Jahre 1898 wurden die evangelischen Gottesdienste in Turek ausschließlich in deutscher Sprache gehalten; und noch heute, 116 Jahre nach Beginn der deutschen Einwanderung, wird entsprechend der nationalen Zusammensetzung der 3100 Glieder zählenden evangelischen Kirchengemeinde jeweils an zwei von drei Sonntagen in deutscher Sprache gepredigt. Der Sohn des Johann Gotthelf Bursche, Ernst Wilhelm Bursche, starb im Jahre 1904 als Superintendent in Zgierz. Er war der Vater des jetzigen Generalsuperintendenten, und er hat, anders als sein Sohn, bis zu seinem Tode niemals seine deutsche Abstammung und seine deutsche Muttersprache verleugnet. (Nebenbei sei erwähnt, daß auch der derzeitige polnische Verkehrsminister Ulrych einer deutschen Familie aus Turek, einem evangelischen Pfarrhause, entstammt.)

Julius Bursche hat sich schon frühzeitig im deutschfeindlichen Sinne betätigt. Schon vor 40 Jahren hatte das persönliche Geltungsbedürfnis dem damaligen Pastor Julius Bursche das völkische Rückgrat gebrochen. Er war einer von den drei Pastoren, die im Januar 1899 ein evangelisches Kirchenblatt in polnischer Sprache, den „Zwiastun ewangeliczny", herauszugeben begannen. Alle drei waren ſie Deutsche der Abstammung nach, von ihren Eltern im deutschen Sinne und in der deutschen Muttersprache erzogen: Pastor Schultz aus der Kolonie Neuhof, Pastor Schöneich aus Lublin und Pastor Bursche. Diese drei ließen sich in der Bezugseinladung für ihre Zeitschrift u. a. mit folgenden Worten vernehmen: „Wir sind evangelische Christen polnischer Zunge und unsere Herzen sind durchglüht von heißer Liebe zu unserem Glauben sowohl als zu unserer Nationalität". Die polnische Gesinnung, die Bursche und seine anderen verpolten Amtsbrüder beseelt, ist jener anrüchige Patriotismus des Renegaten, der die sittliche Rechtfertigung seines Apostatentums darin sucht, daß er durch Ueberredung, Hinterlist oder Gewalt die, die noch zu ihrem Volkstum halten, auf die andere Seite hinüberzuziehen bestrebt ist.

Unter Bursches Führung wurde im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts die Polonisierung des Warschauer Deutschtums mit Hochdruck betrieben. Aber auch in die anderen Gemeinden Kongreßpolens griff die deutschfeindliche Politik dieses bald Karriere machenden Geistlichen ein. Selbst unter den evangelischen Deutschen der Bielitzer Sprachinsel machte sich Bursches Einfluß schon damals bemerkbar. Und schließlich wandte er sich bereits vor dem Kriege in Aufrufen auch an die Bewohner Masurens, die er ins polnische Lager hinüberzuziehen versuchte. Um der Zerstörungsarbeit Bursches und der anderen geistlichen Renegaten entgegenzutreten, wurde damals der „Deutsche Verein für das Zartum Polen" ins Leben gerufen. Die „St. Petersburger Zeitung" schilderte in einem Bericht über die Aufgabe dieses Vereins die volkspolitische Lage des der Tätigkeit Bursches besonders ausgelieferten Deutschtums in Warschau: „. . . Herrschen doch dort (in der deutsch-evangelischen Kirchenschule) wahrhaft skandalöse Zustände! Die Kinder dürfen dort nicht einmal deutsch beten. Trotz wiederholter mündlicher und schriftlicher energischer Proteste der Eltern werden die Kinder in der offiziellen deutschen Schule zum polnischen Gebet genötigt. . . Wer noch nicht polnisch konnte, mußte es in der Schule lernen, und der deutschen Sprache wurde nur der allerdürftigste Raum gewährt. Und alle die Herren führen deutsche Namen, haben deutsches Blut in ihren Adern, haben noch im alten Dorpat (d. h. vor der Russifizierung dieser alten deutschen

Universität) studiert." Als dann während des Krieges Warschau von deutschen Truppen besetzt wurde, hielt Bursche die Klugheit für der Tapferkeit besseren Teil und verzog sich hinter die zurückgehende russische Front, anstatt den evangelisch-polnischen Bekennermut, den er ansonsten so wacker zu predigen wußte, einmal in eigener Person zu demonstrieren. Erst später, als er sich davon überzeugt hatte, daß Leuten seiner Art von den deutschen Besatzungsbehörden kein Haar gekrümmt wurde, wagte er sich wieder nach Warschau zurück. Nach dem Umsturz stellte er sich der Entdeutschungspolitik des neuen Staates, der den Renegaten gern zu seinen Zwecken benutzte, voll und ganz zur Verfügung.

Ostoberschlesische Streiflichter

Im Wilnaer „Slowo" hatte vor einiger Zeit der Hauptschriftleiter dieses Blattes, Cat-Mackiewicz, eine überaus scharfe Attacke gegen das Regierungssystem des Wojewoden Grazynski geritten. Grazynski hatte wegen dieser Angriffe Beleidigungsklage gegen Mackiewicz erhoben. Der Fall kam am 18. Dezember vor dem Kattowitzer Bezirksgericht, also in einer für den Beklagten ungünstigen Atmosphäre, zur Verhandlung. Grazynski selbst war als Zeuge erschienen. Die Verhandlung drehte sich, den Presseberichten zufolge, in der Hauptsache um die Bemerkungen, die Mackiewicz in seinem Artikel über den Einsatz der Steuerämter als politische Kampfmittel (vor allem gegen die deutsche Volksgruppe) und über die Namensänderung Grazynskis gemacht hatte. Grazynski erklärte in der Verhandlung, keine deutschfeindliche Steuerpolitik getrieben zu haben, — was zum mindesten noch einer recht sorgfältigen Nachprüfung zum Beispiel an Hand des umfangreichen Materials bedürfte, das zu dieser Frage im Laufe der Jahre von verschiedenen deutschen Unternehmungen Ostoberschlesiens den Genfer Instanzen vorgelegt worden ist. Grazynski erzählte, daß nicht er, sondern bereits sein Vater den bäuerlichen Namen Kurzydlo gegen den adlig klingenden Namen Grazynski ausgewechselt habe, wodurch die von Mackiewicz an den Namenswechsel geknüpften Bemerkungen hinfällig würden. Im übrigen legte Grazynski in seiner Zeugenaussage vor Gericht offensichtlich einigen Wert darauf, daß bei der Urteilsfällung gegen Mackiewicz auch seine, des Wojewoden, Verdienste um die Polonisierung Ostoberschlesiens als erschwerendes Moment in die Waagschale geworfen werden. Es sei ihm, so behauptete er u. a., niemals auf eine Beschränkung der kulturellen Eigenheiten der deutschen Volksgruppe, sondern immer nur darauf angekommen, das Polentum in seinem Amtsbereiche zu stärken, die einheimische Bevölkerung zu einem „edlen Nationalstolz" zu erwecken und den „Kauf polnischer Seelen" durch die deutschen Organisationen zu unterbinden. „Mir", so sagte er wörtlich, „der ich hier meine besten Jahre während der Aufstände und in der Arbeit fürs Volk verbracht habe, den mit Schlesien tiefste Liebe zu den Menschen und dem Lande verbindet, mir versucht man künstlich die Bedrückung der Schlesier anzuhängen". Es versteht sich von selbst, daß es sich ein Kattowitzer Gericht nicht leisten kann, Wort und Wirklichkeit, Absicht und Tatsache gegeneinander zu stellen. Mackiewicz wurde zu drei Monaten Gefängnis und 300 Zloty Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

*

Es ist nicht einzusehen, warum zur Kennzeichnung besonders toller Streiche, durch die irgendwelche Behörden von gerissenen Gaunern hereingelegt werden, nur immer das Berliner Köpenick herhalten soll. Was sich der Hauptmann von Köpenick geleistet hat, dem hat der „Professor" von Kattowitz eine zum mindesten gleichwertige Leistung zur Seite zu stellen. Dieser „Professor" heißt Josef Sluzewski. Er stammt aus Biecz bei Gorlice, wo seine Eltern ein kleines Anwesen besaßen. Nachdem er wegen Dokumentenfälschung und anderer Gaunereien in Galizien bereits mehrere Gefängnisstrafen abgebrummt hatte, kam er im Jahre 1935 nach Kattowitz. Er machte sich die Mühe des Wojewoden Grazynski, „das Polentum in diesem Landesteil zu stärken", zunutze und hatte auch bald herausgefunden, wie man dort am schnellsten in Amt und Würden zu kommen vermag. Er begann, von seinen „nationalen Verdiensten" zu reden, kaufte sich eine Majorsuniform und „organisierte" sich den höchsten

militärischen Orden an die narbige Brust. So verkleidet fand er sehr rasch bei den höchsten Behörden der Wojewodschaft Gehör und Eingang in der besten Gesellschaft. Er versuchte, von diesen Kreisen mit prima Referenzen versehen, zunächst sein Glück bei der Giesche AG., wurde dort aber, da er zum Schaden der Firma arbeitete, bald wieder entlassen. Jedem, der es wissen wollte, erzählte er dann, daß er ein „Opfer der deutschen Minderheitenpolitik" geworden sei, gegen die er bei der Giesche AG. „angekämpft" habe. Er wußte sehr wohl, daß das ein Argument ist, das im Reiche Grazynskis niemals seine Wirkung verfehlt. Und so ist es kein Wunder, wenn er auf Grund seiner „nationalen Verdienste" nach einiger Zeit als Professor für Elektrotechnik an der Technischen Lehranstalt in Kattowitz angestellt wurde. Und jetzt brachte Sluzewski das größte Gaunerstück fertig: Der Mann mit dem gefälschten technischen Diplom, der kaum eine Ahnung von den Dingen hatte, über die er die Studenten unterrichten sollte, verstand es, sich ein halbes Jahr lang als „Diplomingenieur" und „Professor" auf dem Katheder zu behaupten. Ja, es ereignete sich sogar, daß seine Vorlesungen von einem Warschauer Fachmann als „hervorragend" bezeichnet wurden. Sluzewski verkehrte weiter in der besten Gesellschaft und erfreute sich als ein „alter Kämpfer der polnischen Unabhängigkeitsbewegung" bei den Damen der vornehmen Kreise der Wojewodschaftshauptstadt besonderer Beliebtheit. Bis eines Tages das Verhängnis nahte: Einer der „Kollegen" Sluzewskis schöpfte Verdacht und prüfte zunächst unter der Hand die von diesem vorgelegten Zeugnisse nach. Und so kam der ganze Schwindel heraus: Ein mehrfach vorbestrafter Hochstapler hatte etwa ein Jahr lang als „Major", „Professor" und „Unabhängigkeitskämpfer" die ganze maßgebende Gesellschaft von Kattowitz und die höchsten Verwaltungskreise der Wojewodschaft an der Nase herumgeführt. Auch in der Politik der Wojewodschaft hatte sich Sluzewski verschiedentlich ausschlaggebend betätigt. Am 22. Dezember v. J. begann in Kattowitz der Prozeß gegen ihn; er endete mit anderthalb Jahren Gefängnis.

*

Der „Polska Zachodnia" sind Fälle, in denen der latente Gegensatz zwischen den einheimischen Oberschlesiern und den zugereisten Polen sichtbar aufklaffen, ganz besonders peinlich. Denn dieser Gegensatz ist der gefürchtete schwache Punkt des Grazynskischen Systems. Die Nervosität, die bei den Trägern dieses Systems zum Ausbruch kommt, wenn dieser Gegensatz irgendwo in Erscheinung tritt oder auch nur von irgendeiner Seite ganz schüchtern vermerkt wird, ist einigermaßen bezeichnend. Es ist daher auch verständlich, wenn diese Leute bei dem Versuch, solche Fälle zu erklären, auf die absurdesten Einfälle kommen. Vor einiger Zeit trat die Belegschaft eines Königshütter Betriebes in Streik, um die Entlassung eines zugewanderten Polen zu erzwingen, der geglaubt hatte, die oberschlesischen Kumpels genau so schikanieren zu können, wie er es offensichtlich von den polnischen Arbeitern seiner östlicher gelegenen Heimat gewohnt war. Und in der ersten Dezemberhälfte protestierte die Belegschaft der Radzionkaugrube gegen die Entlassung eines deutschen Steigers und trat zum Zeichen des Protestes mit 2000 Mann in den Streik. Der „Polska Zachodnia" wurde sichtlich übel, als sie solches vernahm. Sie wußte sich keinen anderen Rat als den, zu erklären, der entlassene Deutsche habe mit Hilfe deutscher Organisationen die ganze Belegschaft — bestochen. Sie hätte folgerichtig hinzufügen müssen, daß sich auch der Königshütter Arbeitsinspektor hat bestechen lassen; denn dieser hat die Wiedereinstellung des Deutschen verfügt.

*

Ende November wurden in Tarnowitz (Ostoberschlesien) 27 junge Deutsche zu insgesamt 31 Jahren und 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen 7 weitere, kaum dem Kindesalter entwachsene deutsche Jungen und Mädel entschied das Gericht auf Ueberweisung in eine Besserungsanstalt! Die „Schuld" der 34 Verurteilten bestand darin, dem Oberschlesischen Wanderbund, einem behördlich genehmigten deutschen Verein, angehört und sich offen zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekannt zu haben. Die Anklage lautete auf „Geheimbündelei". Worin diese bestanden haben soll, konnte vom Gericht nicht festgestellt werden. Die Verurteilung erfolgte dann allerdings trotzdem wegen „Geheimbündelei". Mitte Dezember standen in Königshütte 17 Mitglieder einer anderen Organisation, der „Schwarzen Hand", vor Gericht. Gleichfalls wegen

„Geheimbündelei". Sie wurden zu insgesamt 15 Jahren und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelt sich um arbeitslose Leute, deren Volkszugehörigkeit ungeklärt blieb. Wie seiner Zeit beim NSDAB-Prozeß ging auch hier das Gericht nicht auf den sozialen Hintergrund und die Spitzeltätigkeit ein, durch die harmlose Leute, die nichts als Hunger hatten, in eine „Aktion" verstrickt worden sind, die mit Politik ebenso wenig zu tun hat, wie sich die Urteilsbegründung mit den Tatsachen deckt. Wenn sich der polnische Staat endlich dazu entschließen würde, der deutschen Jugend in Polen die organisatorische Bewegungsfreiheit zu geben, die die polnische Jugend in Deutschland besitzt, dann wären Prozesse wie der gegen den Oberschlesischen Wanderbund einfach undenkbar. Und wenn der polnische Staat in der Lage und Willens wäre, seine Bürger vor dem Hunger zu schützen, dann könnte er sich die Blamage ersparen, Prozesse wie den gegen die „Schwarze Hand" inszenieren zu müssen. Man wird nicht behaupten können, daß derartige Prozesse dazu beitragen können, das Ansehen des polnischen Staates zu heben.

Fort mit dem „Czorneboh"-Unfug!

Wer durch die Lausitz gewandert ist, kennt das Dorf Hochkirch, das im Siebenjährigen Krieg eine für Friedrich den Großen so bedeutsame Rolle gespielt hat. Wer nach Hochkirch kommt, besucht den dortigen Friedhof, die Blutgasse und die Kroatengasse und die Gaststätte „Zum alten Fritz", in der neben Gewehren, Kugeln, Säbeln und Uniformstücken sich auch eine beachtliche Sammlung zeitgenössischer Bilder und Pläne befindet. Blickt er einmal auf die Landkarten der damaligen Zeit, so wird er auf ihnen vergebens den Namen des Berges suchen, der sich durch seinen Turm aus der benachbarten Bergkette heraushebt, nach dem in der weiteren Umgebung alle Wegweiser zeigen, und der ihm vielleicht durch den fremdartigen Klang seines Namens „Czorneboh" noch aus der Schulzeit im Gedächtnis haften geblieben ist, wie etwa der Name des Popocatepetl in Mexiko, der ihm damals so „anheimelnd exotisch" vorkam. Erstaunt forscht er weiter nach, wie es kommt, daß auf einer Karte aus dem Jahre 1746, wie auch auf einer anderen, nach 1758 erschienenen Karte der Name „Czorneboh" nicht verzeichnet ist. Er muß dabei zu der Annahme kommen, daß diese Bezeichnung zur damaligen Zeit noch nicht gebräuchlich gewesen sein kann. Denn wäre damals der Name „Czorneboh" für eine so richtungweisende und die ganze Bergkette bestimmende Kuppe in der Bevölkerung schon heimisch gewesen, so wäre er den Bearbeitern dieser Karten ganz gewiß nicht entgangen.

Als sich vor kurzem einmal Leipziger Schulkinder in dieser Gegend aufhielten, da konnte man feststellen, da sie über den „Czorneboh" sehr genau „Bescheid wußten". Denn in der Schule hatte man ihnen allerlei von diesem Berge und von dem „Schwarzen Gott" und dem „Weißen Gott" und von den geheimnisvollen Opferbräuchen der Slawen erzählt, mehr sogar noch als selbst an Ort und Stelle von vielschreibenden Volkskundlern einer vergangenen unkritischen Zeit erfunden, jawohl: glatt erfunden worden ist. Können die Namen „Czorneboh" und „Bieleboh" einem Lehrer, der seinen Kindern diese Landschaft lebendig gestalten möchte, nicht zur Namenserklärung und zu einer anschließenden phantasievollen Darstellung der Geschichte einer angeblichen slawischen „Urbevölkerung" verlocken, von der angeblich diese Namen noch „Zeugnis ablegen"? Allerdings geschieht dies im schärfsten Gegensatz zur geschichtlichen Wahrheit, die die Lausitz zweifelsfrei als altgermanischen Siedlungsboden festgestellt hat, in dem sich erst im 8. Jahrhundert slawische Volksteile durch allmähliche Unterwanderung zwischen sitzengebliebene germanische Stammesreste einschoben und mit diesen vermischten. Schon zwei Jahrhunderte später begann die Wiederbesiedlung des Gebietes durch Deutsche und damit eine erneute und seither nicht mehr unterbrochene Zufuhr deutscher Menschen. Vielen Zeitgenossen jedoch scheinen allein schon die Namen „Czorneboh" und „Bieleboh" zu genügen, um an das Vorhandensein einer „slawischen Urbesiedlung" zu glauben. Auf den Gedanken, daß diese Namen freie Erfindung sind, kommt der gutgläubige Deutsche nicht, dem das Fremde leider allzuleicht verlockend und „romantisch" vorkommt. In der Zeit um 1800, in der die gelehrte

Welt es vorzog, sich nicht des eigenen Volkstums anzunehmen, sondern sich mit fremdem, versinkendem oder schon versunkenem Volkstum zu beschäftigen, mag der Name „Czorneboh" für diesen Berg zuerst aus der Welt „romantischer Ideen" heraus entstanden sein. Es war die Zeit, in der deutsche Gelehrte im wesentlichen die wendische und die tschechische Schriftsprache schufen, in der deutsche Geistliche die Bibel ins Wendische übersetzten, (was nicht einmal Luther wegen der Bedeutungslosigkeit der wendisch sprechenden Bevölkerungsreste seiner Zeit für erforderlich gehalten hatte). So haben in dieser „romantischen" Zeit auch der Name „Czorneboh" und die dazu erfundenen „slawischen" Sagen und Gebräuche nach und nach Fuß gefaßt. Diese Namen und Sagen sind dann von Buch zu Buch nach- und abgeschrieben worden und schließlich zu einem Bestandteil einer deutschfeindlichen politischen Propaganda geworden.

Am 26. September 1926 wurde auf der ersten Verbandstagung des Verbandes der Sächsischen Geschichts- und Altertumsvereine in Bautzen von Erwin Wienicke ein Vortrag über die Frage „Czorneboh und Bieleboh" gehalten, der als quellenkritische Studie in den „Bautzener Geschichtsheften" (Band 4, Heft 6) abgedruckt worden ist. Diese Arbeit ist den strengsten Anforderungen an wissenschaftliche Forschungsweise gewachsen und liefert eine so vernichtende Darstellung des „Czorneboh"-Unfuges, daß selbst der Gelehrte, der doppelt kritisch wird, wenn das eigene Volkstum mitspricht, die vollständige Haltlosigkeit aller gegenteiligen Behauptungen einsehen muß. Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Annahme eines göttlichen Wesens mit dem Namen „Czorneboh", das es in der Mythologie der Slawen gegeben haben soll, auf einen Irrtum beruht. Durch die falsche Deutung urkundlicher Stellen und die Uebertragung entsprechender Vorstellungen aus christlichen Glaubensanschauungen auf die heidnische Vergangenheit, sind den alten Slawen allerlei in deren Glauben niemals vorhanden gewesene Göttergestalten angedichtet worden. Wenn aber schon ein Gott mit Namen „Czorneboh" im Volke selbst nicht gelebt hat, kann es natürlich erst recht keine ihm geweihten Opferstätten und an ihn geknüpfte religiöse Gebräuche gegeben haben.

Was nun den in Frage stehenden Berg anbetrifft, so stellt Erwin Wienicke in seiner Arbeit fest, daß bis zum Jahre 1894 in den Bautzner Ratsakten der alte Name „Schleifberg" noch gebraucht worden, ja, daß sogar die tschechische Generalstabskarte von 1912 noch „Schleifberg" druckt und nur in Klammern „Czorneboh" hinzufügt! Man darf annehmen, daß Hanusch Kuffner, der Wilson die berüchtigte Karte unterbreitete, in der die Tschecho-Slowakei gleich die gesamte Lausitz bis vor die Tore Berlins verschluckt, zum Beweis der tschechischen Ansprüche nicht die tschechische, sondern lieber die amtliche deutsche Karte herangezogen hat, in der der Berg den Namen „Czorneboh" führte. Auch Staatspräsident Benesch und Außenminister Krofta, die geistigen Urheber des neuen tschechischen Staatsatlas, werden dankbar begrüßt haben, daß es ihnen die abwegige Phantasie „romantischer" Gelehrter erspart hat, den guten deutschen Namen Schleifberg durch einen selbst erfundenen slawischen Namen ersetzen zu müssen, wie sie es z. B. mit der Weißen Elster, mit Straubing usw. auch getan haben! Vom „Bieleboh" sagt Wienicke, daß „hier zu sehen ist, wie Mythologie gemacht wurde". So wie wir auf den alten Karten für „Czorneboh" Schleifberg lesen, so finden wir auf ihnen für „Bieleboh" den deutschen Namen Ruhwald verzeichnet. Es ergibt sich also, daß nicht nur die Namen dieser beiden Berge vollkommen freie Erfindung einer „romantischen" Zeit sind, sondern daß auch all' die Sagen und Erzählungen vom „Schwarzen Gott" und vom „Weißen Gott" keine Stützen in der Wissenschaft finden. Die Annahme eines Dualismus, wie er in diesem Götterpaar zum Ausdruck kommen soll, hat sich in der altslawischen Religion als unhaltbar und unzutreffend erwiesen.

Man fragt sich nun, wie sich trotz der im Jahre 1926 erfolgten Feststellungen Wienickes die Namen „Czorneboh" und „Bieleboh" und das mit ihnen verbundene Lügengewebe bis zum heutigen Tage unverändert haben erhalten können. Darauf gibt Wienicke selber die Antwort; er nimmt die Namen, deren Unhaltbarkeit er selber festgestellt hat, in Schutz! Er bringt es fertig zu schreiben: „Jenen heimischen Bergen die Romantik zu nehmen, — und sei es auch eine falsch angebrachte — das soll nicht der Zweck meiner Arbeit sein." Hier zeigt sich so recht die Einstellung des Wissenschaftlers am Schreibtisch! Er will nichts wissen vom Volkstumskampf an der Grenze; er kennt auch nicht die Kampfmittel, mit denen der Gegner unbedenklich arbeitet, um seinen politischen Zielen den Boden zu bereiten; er glaubt auch nicht, daß solche Nachlässigkeiten

noch einmal ebenso nachteilige Folgen für Deutschland zeitigen können, wie sie in den Tagen von Versailles an unserer Ostgrenze durch gleiche Saumseligkeiten und „Objektivitätsanwandlungen" verschuldet worden sind. Durch das leichtfertige Hineintragen und den gewissenlosen Gebrauch der erfundenen slawischen Namen für diese beiden Berge und durch das Verbreiten der erdichteten slawischen Gebräuche und Sagen wird der Anschein erweckt, als ob in der Lausitz ein sich nicht zum Deutschtum bekennender Volkstumsteil wohnte. Deshalb wolle jeder, der ein Gefühl für Grenzlandhaltung hat, sich für den Gebrauch der alten deutschen Namen Schleifberg für „Czorneboh" und Ruhwald für „Bieleboh" nachdrücklich einsetzen! Walter Reche, Löbau.

„Loyalität" ist, wenn man . . .

Wenn sich ein Pole mit den Deutschen in Polen befaßt, so tut er das selten, ohne gegen sie den Vorwurf der „Illoyalität" zu erheben. „Loyalität" ist ein Wort, in das er förmlich verliebt ist. Er führt es ständig im Munde, aber er sagt niemals, was es bedeutet. Vor kurzem hat nun „Der Aufbruch", das in Kattowitz erscheinende Organ der Jungdeutschen Partei, einmal in acht Sätzen den Begriff der „Loyalität" so, wie er von einem Durchschnittspolen auf die in Polen lebenden Deutschen angewandt wird, zu umschreiben versucht. Die Sätze mögen zunächst ein wenig übertrieben erscheinen. Sie geben aber die in den volkspolitisch maßgebenden, d. h. kämpfenden Schichten des Polentums vorherrschende Auffassung wieder. Nach dieser Auffassung müßte ein polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität etwa folgende Bedingungen erfüllen, um von diesen Kreisen als „loyal" gewertet zu werden:

1. Er dürfte sein Deutschtum nicht offen zur Schau tragen.
2. Er dürfte keiner der bestehenden deutschen Organisationen angehören und an keinen deutschen Veranstaltungen teilnehmen.
3. Er müßte seine Kinder in die polnische Schule schicken.
4. Er dürfte sich den geistigen und kulturellen Strömungen des Mutterlandes nicht anschließen.
5. Er dürfte seine völkische Eigenart nicht betonen, sondern müßte versuchen, diese nach und nach, wenn nicht sofort, aufzugeben.
6. Er dürfte als selbständiger Handwerker keine deutschen Lehrlinge einstellen.
7. Er dürfte nicht bei deutschen Firmen oder Gewerbetreibenden Bestellungen aufgeben, denn das wäre eine Schädigung des polnischen Staates.
8. Er müßte überhaupt ein ziemlich zurückgezogenes Dasein führen, damit andere nicht durch seinen Anblick in eine heilige Empörung geraten, wodurch dann leicht die öffentliche Ruhe gefährdet werden könnte.

Man wird leicht erkennen, daß jeder einzelne dieser Sätze durch eine beliebige Zahl von Zitaten aus polnischen Zeitungsartikeln, Flugblättern, Versammlungsreden usw. belegt werden kann. Wenn aber das Wort „Loyalität" auf die Polen in Deutschland angewandt wird, dann erhält es in der polnischen Auffassung sofort einen ganz anderen Sinn: Smogorzewski, der Berliner Berichterstatter der „Gazeta Polska" hat einmal mit betonter Naivität gesagt, die „Loyalität" der Polen in Deutschland sei nicht zu bezweifeln, da sie ja im Heere dienen und ihre Steuern bezahlen. . .

Ostland-Chronik

Ein politisches Weihnachtsmärchen

Der „Kurjer Poznanski" veröffentlichte in seiner wöchentlich einmal erscheinenden Kinderbeilage „Moj przyjaciel" („Mein Freund") ein „Märchen vom polnischen Christbaum". Dieses Märchen ist insofern interessant, als es Zeugnis dafür ablegt, wie gewisse polnische Kreise selbst die Weihnachtsstimmung der Kinder durch den Haß gegen alles Deutsche zu vergiften bestrebt sind. Das Märchen handelt vom Weihnachtsmann, der mit einer Schar von Engeln auf die Erde herabsteigt, um den Kindern seine Geschenke unter den Christbaum zu legen. Der zweite Teil des Märchens lautet: „. . . Am Ende der Stadt, in der Nähe des Parks, stand eine Hütte. Vor dieser Hütte hielten die Schlitten aus dem Himmel an. Die Engel schauen sich neugierig um, und da höre ich

hinter mir die Stimme des St. Nikolaus: ‚In dieser Hütte wohnt auf der rechten Seite Felcia und auf der linken Seite die kleine Zabcia. Nehmt von den Schlitten die Spielsachen und Pfefferkuchen und tragt sie still in die Zimmer. Aber schaut in ihre Fenster, welchen Christbaum sie haben. Schaut gut, ob sie einen polnischen oder einen deutschen Christbaum haben.' ‚Und wie sind die polnischen Christbäume', fragten die Engel. — ‚Was denn, ihr geflügelten Schlingel, ihr wißt nicht, daß die polnischen Christbäume so aussehen, wie diejenigen, die wir im Himmel haben? Also behängt mit bunten Ausschnitten, kleinen Spinnen und bunten Lowiczer Ketten, mit Pfauenaugen, großpolnischen Klebearbeiten, Aepfeln, Nüssen und Pfefferkuchen?!' — ‚Und wie sind die deutschen Christbäume?' fragten die Engel. — ‚Nun, die deutschen Christbäume sind häßlich, denn sie sind mit lauter Flitterwerk behangen, und sie sind so kalt und tot.' — Die Engel nahmen zwei mit Spielsachen und Geschenken gefüllte Körbe und liefen in die Hütte. Leise erhoben sie sich auf den Zehenspitzen und schauten durch das Fenster. Und was sahen sie da? Bei der Zabcia stand inmitten des Zimmers ein deutscher Christbaum, behangen mit lauter Flitterwerk, und im Zimmer der Felcia sahen sie einen polnischen Christbaum mit herrlichen Ausschnitten und Klebearbeiten. Die Engel taten so, wie sie St. Nikolaus geheißen hatte und legten alle Spielsachen unter den polnischen Christbaum der Felcia. Und die Zabcia erhielt nichts, weil sie einen deutschen Christbaum hatte." Es gehört schon ein bemerkenswerter Grad von Rohheit dazu, halbwüchsige Kinder mit Hilfe eines Weihnachtsmärchens im Geiste jener Amoral zu erziehen, die das Kennzeichen der in Polen tonangebenden endekischen Politik gegenüber der deutschen Volksgruppe ist.

Neue Vereinbarung über den Transitverkehr

Die Verhandlungen zwischen dem Reichs- und dem polnischen Verkehrsministerium über die Regelung und Bezahlung des Korridortransitverkehrs haben, nachdem sie vor kurzem, polnischen Pressemeldungen zufolge, auf dem toten Punkt angelangt zu sein schienen, am 22. Dezember zu einer neuen Vereinbarung geführt. Danach wird sich der Transitverkehr ohne Einschränkungen auf der kürzesten Korridorstrecke abspielen, während auf den anderen Durchgangsstrecken keine Transitzüge verkehren werden. Die jetzige Regelung soll für das ganze Jahr 1937 beibehalten werden. Auch in der Frage der Verrechnung der rückständigen Transitkosten ist eine Regelung zustandegekommen, von der es in der amtlichen Mitteilung heißt, daß sie der gegenwärtigen Lage unter Berücksichtigung der Interessen beider Teile entspricht. Nach Mitteilungen, die die „Gazeta Handlowa" kürzlich gemacht hat, soll sich Polen nun doch bereit erklärt haben, sich die rückständigen Kosten von Deutschland nicht in bar, sondern in Waren bezahlen zu lassen. Die Lieferungen der deutschen Industrie sollen in erster Linie technische Einrichtungen und Schleusen für den Bau von Weichselhäfen und für die Bug-Weichselkanalisierung, ferner Maschinen und Einrichtungen für den Bau eines großen Wasserkraftwerkes bei Rozno, Eisenkonstruktionen für Brücken u. ä. m. betreffen.

Die „Fliegende Gauschule" Berlin

Das Gauschulungsamt des Gaues Berlin der NSDAP hat im Jahre 1936 eine Erweiterung seiner Schulungsarbeit durchgeführt, die sich bewährt hat. Durch die „Fliegende Gauschule" sind etwa 100 Schulungsleiter des Gaues in mehrwöchigen Fahrten durch Ostpreußen-Danzig und Schlesien geführt worden; sie haben dort einen großen Teil der grenz- und volkspolitisch wichtigen Punkte dieser deutschen Ostgebiete aus eigener Anschauung kennen gelernt und werden nun, unterstützt durch Filme, die während der Fahrt gedreht wurden, in den Berliner Ortsgruppen der NSDAP in den Aufklärungsfeldzug für den deutschen Osten eingesetzt. Im Jahre 1937 soll die „Fliegende Gauschule" diese Arbeit in verstärktem Maße fortführen. Es sollen sechs Fahrten durchgeführt werden, von denen drei wieder nach Osten gehen werden, und zwar nach Ostpreußen-Danzig, Schlesien und der Bayerischen Ostmark, die anderen ins Saargebiet, durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet und an die belgische Grenze sowie durch Ostfriesland, Schleswig-Holstein und die Hansestädte.

Der polnische „Auftrag"

Auf der letzten Tagung des Völkerbundsrates hatte der polnische Außenminister den Auftrag erhalten, die durch die

letzten Maßnahmen des Senates der Freien Stadt geschaffene Lage zu klären und dem Rat über den Erfolg seiner Bemühungen Bericht zu erstatten. Die entsprechenden Verhandlungen zwischen der Regierung der Freien Stadt und dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig sind Anfang Dezember nach der Rückkehr des Senatspräsidenten Greiser von seinem Erholungsurlaub in Fluß gebracht worden. Es hat zunächst eine Meinungsverschiedenheit über den Umfang des Auftrages bestanden, insofern als von polnischer Seite geltend gemacht wurde, daß sich der Auftrag des Völkerbundsrates nicht nur auf die Prüfung des Danziger Verhältnisses zum Völkerbund, sondern auch auf die des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen erstrecke. Diese Auffassung hat von Danziger Seite nicht geteilt werden können, und zwar deshalb, weil die polnischen Rechte in der Freien Stadt von keiner Danziger Stelle jemals in Frage gestellt oder angetastet worden sind, zugleich aber auch in bestimmtester Form zum Ausdruck gebracht worden ist, daß über eine Erweiterung der polnischen Rechte nicht diskutiert werden kann. Unter Beachtung des Danziger Statuts kann der polnische Auftrag nur dahin verstanden werden, daß Polen die abgerissene Verbindung zwischen Danzig und seinem „Beschützer", dem Völkerbund, wiederherstellt und diesen dazu veranlaßt, die innere Entwicklung der Freien Stadt nicht auch fernerhin durch seine unangebrachten Eingriffsversuche zu stören. Wenn die Danzig-polnischen Verhandlungen bis dahin so weit gediehen sind, wird Oberst Beck den von ihm verlangten Bericht noch auf der Januartagung des Völkerbundsrates erstatten. Auf derselben Tagung wird dann voraussichtlich auch der neue Völkerbundskommissar für Danzig ernannt werden.

Die Ueberfallenen werden bestraft

Im November 1935 wurde in Neu-Paleschken eine Versammlung der Jungdeutschen Partei von einer Gruppe von Polen überfallen. Aber die Angreifer hatten sich die Arbeit zu leicht vorgestellt und zogen in einem leicht ramponierten Zustande ab. Es fanden sich Richter, die sich der verunglückten Strauchritter annahmen: Den überfallenen Deutschen (nicht etwa den polnischen Angreifern!) wurde ein Strafverfahren angehängt, und sechs junge Deutsche wurden jetzt mit Gefängnisstrafen bis zu 1½ Jahren belegt! Das Gericht schenkte den deutschen Zeugen keinen Glauben; dagegen hielt es die Aussagen der Angreifer für glaubwürdig genug, um darauf sein Urteil zu begründen.

Es wird von Krieg gesprochen

Und zwar hielt sich der nationaldemokratische Sprecher im Lodzer Stadtrat hierzu für berufen. Im Namen seiner Fraktion gab er am 18. Dezember dort folgende Erklärung ab: „Friedrich II. sagte: ‚Wer die Danziger Weichselmündung besitzt, herrscht über die Küste und das ganze Land'. Im Namen des Nationalen Lagers erklären wir, daß wir unsere Rechte nicht um ein Jota schmälern lassen. Das polnische Volk, in dessen Namen ich diese Erklärung abgebe, wird bei keiner Gelegenheit und unter keinen Umständen zulassen, daß ihm (!) Danzig genommen wird. Wir stehen unerschütterlich auf dem Standpunkt, daß das polnische Volk von seinen Rechten nicht zurücktreten und sie um jeden Preis zu schützen wissen wird. Wir wollen, daß unsere Worte von der Regierung und von Deutschland gehört werden: Das Danziger Gebiet stellt nur einen Teil Polens dar! (!) Polen hat ein Recht auf Danzig, und die Angliederung Danzigs an das Reich bedeutet Krieg!" Dem endekischen Sprecher kann die Versicherung gegeben werden, daß seine Erklärung in Deutschland gehört worden ist, und daß die Erklärung durchaus geeignet ist, der deutschen Oeffentlichkeit gegenüber die deutsche Bedeutung Danzigs zu unterstreichen.

Englischer Reisebericht

Im „Sunday Chronicle" beschrieb vor kurzem ein Engländer seine Reiseeindrücke in Polen. Dadurch, daß der Krakauer „Ilustrowany Kuryer Codzienny" den Artikel auszugsweise nachgedruckt hat, hat auch die polnische Oeffentlichkeit Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, wie sie und die ihr vertraute Umgebung auf einen westeuropäischen Reisenden wirkt, der nicht die Absicht gehabt hat, mit finanzieller Hilfe polnischer Stellen durch Polen zu reisen und zum Dank ein liebenswürdiges Buch über das Land seiner Gastgeber zu schreiben. Es muß vorausgeschickt werden, daß die Beschreibung des Engländers sich auf die russisch-polnischen Landesteile bezieht und auf die ehemals deutschen Gebiete, denen Ordnung, Sauberkeit usw. im Laufe mehrerer Generationen —

angermanisiert worden sind, nicht angewandt werden kann. Man wird vielleicht sagen können, daß der Engländer hie und da ein ganz klein wenig übertrieben hat. Er hat u. a. geschrieben:

„Wenn Sie die Grenze von Deutschland nach Polen überschreiten, werden Sie um 200 Jahre zurückversetzt, und zwar was den Komfort, die Erziehung und die Moral anbetrifft. Die Grenzstationen sind dafür Beweis. Die Büroräume auf deutscher Seite sind tadellos sauber, auf polnischer Seite sind sie so schmutzig, daß man an der offenen Tür stehen muß, wenn man atmen will. Auf deutscher Seite werden Ihre Formalitäten in einigen Minuten und mit einer liebenswürdigen Höflichkeit erledigt. Auf polnischer Seite wartet man darauf eine Stunde und flucht. In Deutschland sieht man gut bestellte Felder mit ebenen, breiten Straßen. In Polen Vernachlässigung, Verwahrlosung und Wege, ... die gar nicht vorhanden sind. Hunderte von Meilen kann man nicht schneller fahren als mit 15 Meilen (24 Kilometer) die Stunde. Einer der Gründe, aus denen ich nach Polen gekommen bin, war der Wunsch, endlich „das europäische Hauptghetto", das sich in Warschau befindet, zu sehen. Dieses bietet einen Anblick, der den größten Eindruck aller meiner Erlebnisse in Polen auf mich gemacht hat. Nichts in der Welt hat mich so tief traurig gestimmt, wie das Warschauer Judenviertel. Ich habe die „Slums" von Glasgow, die scheußlichsten arabischen Ortschaften, die schmutzigsten Stadteile von Marseille gesehen — es waren Gartenstädte im Vergleich zu Nalewki. Die Häuser sind hoch, oft aus Holz gebaut, mit Schmutz bedeckt. Aus den offenen Fenstern weht der Gestank einer hundertjährigen Unsauberkeit. In den Gassen und Gossen wimmelt es von Männern, Frauen und Kindern, die . . . so degeneriert sind, daß es schwer festzustellen ist, ob es sich noch um menschliche Wesen handelt. Man hat das Gefühl, daß man lieber in einem Raubtierkäfig leben, als mit solchen Menschen zusammen sein würde . . . ."

Die Leute aus Polen „B"

Nicht selten bringen die ehemals preußischen Polen in deutlicher Form die Abneigung und Verachtung zum Ausdruck, die sie für ihre Volksgenossen aus dem Osten hegen. Es geschieht das zumeist mit bissigen, ironischen Worten. So hat z. B. der „Kurjer Poznanski" in seiner Nummer vom 24. November die sonderbaren Sitten und Gebräuche der Volksgenossen von jenseits der alten deutsch-russischen Grenze glossiert: „Gdingen liegt in Polen ‚A'. Es sind jedoch viele Sitten aus Polen ‚B' an die polnische Küste gelangt. Mit diesem Polen ‚B' beginnen die Sorgen. Die Erfolge der polnischen Schiffahrtslinien zwingen, an den Bau von zwei weiteren Ueberseedampfern zu denken. Aber wie soll man die Schiffe bauen? Auf dem ‚Bathory' und dem ‚Pilsudski' waren bereits Passagiere aus Polen ‚B', die an gewissen Oertlichkeiten die weißen Kugeln kosteten, im Glauben, daß es Süßigkeiten wären. Andere wieder sahen im Toilettenpapier ein gutes Material für Tischservietten. Auf dem ‚Pulaski' und dem ‚Kosciuszko' der Südamerikalinie hat der Schiffsdienst mit den Passagieren aus Podolien noch weit größere Sorgen. Den auf dem Fußboden schlafenden Passagieren mußte erst klar gemacht werden, daß sie sich in die Betten zu legen hätten, da diese zum Schlafen da seien. ‚Lieber Herr, die sind aber doch so weiß! Wie soll man sich da hineinlegen?' riefen die verschlafenen Auswanderer aus Polen ‚B'. Sie ließen sich zum Schlafen in den Betten überreden, aber sie legten sich mit den Stiefeln hinein."

Ein polnischer Auswanderungsplan

Nach der Meldung eines englischen Blattes soll die polnische Regierung einen Auswanderungsplan ausgearbeitet haben. Darin soll die Kolonisierung eines Teiles von Belgisch-Kongo, nämlich der im südlichen Kongogebiet liegenden Provinz Katanga, durch polnische Auswanderer vorgesehen sein. Der Plan soll der belgischen Regierung vorgelegt werden. Als Gegenleistung soll Polen die bevorzugte Einfuhr von Kautschuk, Kaffee, Baumwolle usw. aus dem Kongogebiet in Aussicht stellen. Der Plan einer Kolonisierung zentralafrikanischer Gebiete durch polnische Auswanderer klingt reichlich unwahrscheinlich. Die Veröffentlichung ist aber insofern interessant, als sie zeigt, daß man in manchen ausländischen Kreisen die polnischen Kolonialpläne bereits als ein aktuelles Problem vermerkt.

Ein Denkmal in Kiew

Die Sowjetregierung beabsichtigt, auf dem „Platz der 3. Internationale" in Kiew einen Obelisk zur Erinnerung an die Befreiung der Ukraine

von Polen durch die Rote Armee zu errichten. Das Denkmal wird einen Rotgardisten auf galoppierendem Pferde zeigen, der mit seinem Säbel gegen Westen, also gegen Polen weist. Das Denkmal soll im nächsten Herbst fertiggestellt sein. Es erinnert daran, daß sich die polnische Armee, die im Jahre 1920 überraschend nach Kiew vorgestoßen war, vor der in Eilmärschen quer durch das südliche Rußland heranrückenden Reiterarmee unter General Budjenny in beschleunigtem Tempo zurückziehen mußte, während zu gleicher Zeit die Rote Armee von Nordosten her gegen Warschau vorrückte. Das Denkmal soll aber wohl mehr als eine bloße Erinnerung sein, nämlich eine Demonstration kommender Dinge.

Bücher über den Osten

Die Frau von Gohr. Roman von Ulrich Sander. Wilhelm Gottlieb Korn Verlag, Breslau 1936. 311 Seiten. Preis broschiert 3,50 RM., Leinen 5,— RM. Die Geschichte der Frau, die Ulrich Sander erzählt, spielt an der pommerschen Küste. Farbig und tapfer ist das Leben der Frau von Gohr. Voller Arbeit und reich an Träumen. Sie ist eins mit dem Großbauernhof, den sie als junges Mädchen übernimmt und auch noch als Urgroßmutter (noch immer „rank und schlank wie eine Konfirmandin"!) verwaltet. Es wird in dem Roman zu aufdringlich von Blut und Boden und zu laut von den heimlichen und doch so wichtigen Dingen des Lebens gesprochen. Es wird auch ein erheblicher Unfug mit den volksgeschichtlichen Untergründen der Ostseeküste getrieben. Das ist schade. Denn es bringt einen recht unangenehmen Ton in dieses „Hohelied" einer tüchtigen Frau und fruchtbaren Mutter. „Das Gesetz der Küste ist groß und stumm", heißt es an einer Stelle des Romans. Der Verfasser hat dieses Gesetz leider selbst nicht beachtet. Dr. K.

Der Bauer von Rauhenschlag. Ein Böhmerwaldroman von Rudolf Witzany. Adam Kraft Verlag, Karlsbad-Drahowitz und Leipzig 1936. 313 Seiten. — Der junge sudetendeutsche Dichter Witzany schildert in seinem Erstlingsroman das Schicksal eines Böhmerwaldbauern und seiner beiden Söhne. Es ist die Zeit, in der die furchtbare Wirtschaftsnot in das ohnehin arme Böhmerwaldgebiet einbricht. In dem alten Breinhölder lebt die Kraft und Bedachtsamkeit des fest auf seinem Hofe sitzenden Bauern. Sein Hoferbe aber weiß, willensschwach und unter dem Einfluß einer artfremden Frau stehend, den alten Besitz nicht zu halten. In dem jüngeren Sohn aber lebt das alte Bauernblut fort. Der Verlust des Hofes ruft ihn aus Prag, wo er „auf einen Pfarrer studierte", zurück in den Wald. Und dort beginnt er, neben dem alten Breinhölderhofe als Häusler zu werken und noch einmal von vorn anzufangen. Das Leben der Breinhölders spiegelt das Leben aller Böhmerwaldbauern wider: Das Schwache geht zugrunde, aber das Starke setzt sich durch, wenn es bereit ist, an sein Beginnen die Arbeit eines ganzen Lebens zu wagen. Die charakterliche Erfassung der deutschen Böhmerwäldler, die Witzany gelungen ist, hilft über manche Schwächen und Längen seines Buches hinweg. Dr. K.

Der achte Schöpfungstag. Roman einer Landschaft. Von Paul Brock. Graefe und Unzer Verlag, Königsberg Pr. 1936. 299 S. — Das Große Moosbruch in Ostpreußen ist wie die Memelniederung eine Landschaft, die und deren Menschen zu zeichnen seit Sudermann mehrfach versucht worden ist. Die gewalttätige Kraft der ungefesselten Natur und der gestaute Lebensdrang der Menschen, der ihr entspricht, formen Schicksale, die ungewöhnlich und den Maßen einer geordneten bürgerlichen Betriebsamkeit schwer zugänglich sind. Paul Brock läßt einen Industriellen aus dem westlichen Deutschland von diesem Lande, in dem er eine Fabrik errichten will, sagen: „Es ist wie ‚achter Schöpfungstag'. Es wird alles langsam hier, wie zu der Zeit, da Gott in sieben Tagen die Welt schuf und jeder Tag noch das Maß einer Ewigkeit hatte". In die Unbezwungenheit dieses Landes stellt er das Leben zweier Menschen hinein, einen Mann, der Kraft und Mut genug besitzt, dem Moor ein Stück Ackerland abzugewinnen, und eine Frau, die diesem Acker neue Menschen zu geben bereit ist. Das Triebhafte wird in ihnen Bewußtheit. Dadurch heben sie sich über die hinaus, die unter den gleichen Bedingungen leben wie sie. Dadurch werden sie aus Geschöpfen zu Schöpfern des Landes. Dr. K.

Grunau-Grunau. Der Schicksalsweg eines westpreußischen Niederungsdorfes zwischen Nogat und Drausensee. Von Heinrich Dombrowski. Im Selbstverlag des Verfassers, Grunau (Kreis Marienburg) 1936. 89 Seiten. — Das Buch ist aus der Liebe zur engeren westpreußischen Heimat und aus dem Interesse an seiner Geschichte entstanden. Die Entwicklung dieses Niederungsdorfes gibt dem Verfasser Gelegenheit, auf manche für die Geschichte der Niederungslandschaft allgemein gültige Vorgänge und Zusammenhänge einzugehen. Das Allgemeine verbindet sich in der Schrift mit dem Besonderen dieses einen Dorfes und dem persönlichen Schicksal einzelner seiner Bewohner. Was der Verfasser, der Lehrer in Grunau ist, aus den ihm erreichbaren Büchern, den Schul-

chroniken und aus der örtlichen Ueberlieferung über sein Dorf erfahren konnte, hat er in dieser anspruchslosen, aber brauchbaren Chronik zusammengefaßt. Dr. K.

Abreiß-Kalender für 1937. Der **Deutsche Reichsbahn-Kalender**, der im 11. Jahrgang erscheint, hat es sich diesmal zur Aufgabe gestellt, die Einwirkung des Kreislaufes des Jahres auf den Personen- und Güterverkehr der Deutschen Reichsbahn sowie auf die Maßnahmen des Verkehrs- und Betriebsdienstes darzustellen. Unter den 160 Bildern, die der Kalender enthält, bilden die Landschaftsbilder den weitaus größten Teil. So vermittelt der Kalender ein Bild von der Schönheit und dem Reichtum deutschen Landes und zugleich von der Hilfe, die die Reichsbahn leistet, um diese Schönheit dem Reisenden zu erschließen und diesen Reichtum dem Volke dienstbar zu machen. (Herausgegeben vom Pressedienst der Deutschen Reichsbahn. Konkordia-Verlag Reinhold Rudolph, Leipzig. Preis 3,20 RM.). — Der **Ostpreußenkalender** wendet sich zum neunten Male an die vielen Freunde, die er sich durch seinen schönen und abwechslungsreichen Bildschmuck gewonnen hat. Auf den 64 Bildern, die er enthält, klingen Nehrung und Haff, Wälder und Seen, Städte und raumweites Land, Menschen und Tiere zu einer wirkungsvollen Gesamtschau Ostpreußen zusammen. (Graefe und Unzer Verlag, Königsberg/Pr. — Zum fünften Male erschließt der vielseitige **Athenaion-Kalender „Kultur und Natur"** in seinen 183 schönen Abbildungen die Länder und Menschen der Erde und ihre Kunst. Eine begrüßenswerte Neuerung weist der Kalender in diesem Jahre auf: Auf der Rückseite der Bildblätter werden Erzählungen bekannter Schriftsteller veröffentlicht: Schmidtbonn, Rasmussen, Tolten, Mukerdschi erzählen von der Nordsee, von der Arktis, von der Südsee und vom indischen Dschungel. Jedes Blatt enthält kleine Essays, die knapp und klar die Bilder erläutern, und zahlreiche Gedenktage. (Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion, Potsdam.)

Jahrbücher des Deutschtums in Polen. Wie alljährlich, so hat das Deutschtum in Polen auch dieses Mal wieder seine Kalender herausgegeben. Als jüngster erscheint im 3. Jahrgang der von der Jungdeutschen Partei herausgegebene Jahrweiser für das Deutschtum in Polen **„Arbeit und Ehre"**. Der kalendarische und unterhaltende Teil tritt zugunsten von Aufsätzen zurück, in denen die führenden Männer der JdP. die politischen, kulturellen, sozialen und organisatorischen Fragen der deutschen Volksgruppe Polens grundsätzlich behandeln. Die Aufsätze enthalten viele wertvolle und anregende Gedanken über Aufgabe, Haltung und Zielsetzung der Volksgruppe. Die eingestreuten Bilder zeigen die Führer der Partei, Landschaften und deutsche Menschen Polens und berichten aus der Arbeit der JdP. (Verlag Deutsche Nachrichten, Posen. 164 Seiten.) — Im 11. Jahrgang erscheint das Jahrbuch für die evangelische Jugend in Polen **„Jugendgarten"**. Das kleine Heftchen enthält geschichtliche und unterhaltend-belehrende Erzählungen und Bilder aus dem Leben der Deutschen in Polen, Märchen, Gedichte, Spiele und Rätsel. Es will der Vertiefung des evangelischen Lebens der Jugend und damit der Festigung des Volkstums dienen. (Lutherverlag, Posen. 65 Seiten. Herausgegeben von Ilse Rohde.) — Von Dr. Kurt Lück bearbeitet ist der **„Deutsche Heimatbote in Polen"**, der von der Deutschen Vereinigung herausgegeben wird und im 16. Jahrgang erscheint. In ihm nimmt der kalendarische und erzählende Teil einen etwas breiteren Raum ein. Auch in ihm werden volkspolitisch bedeutsame Themen, die das Deutschtum in Polen betreffen, behandelt. Die Aufsätze wollen zu praktischer Volkstumsarbeit auf dem Gebiete der Sippenforschung, der Kindererziehung, der Berufshilfe usw. anleiten. Es wird über bedeutende Deutsche in Polen (u. a. Coppernicus) berichtet. Die Bilder zeigen die Köpfe deutscher Kolonisten und deutsche Siedlungen aus allen Teilen Polens. (Verlag Kosmos, Posen. 176 Seiten.) — Ein älteres unter den deutschen Jahrbüchern in Polen ist der **„Landwirtschaftliche Kalender für Polen"**, der bereits im 18. Jahrgang erscheint und der, mit vielen Bildern und einer farbigen Kunstdruckbeilage (Gemälde von Hertha Strzygowski) ausgestattet, auf die Bedürfnisse des deutschen Bauern zugeschnitten ist. Der Kalender enthält eine Reihe instruktiver Aufsätze z. B. über das deutsche Schulwesen in Galizien, über das Deutschtum der Kolmarer Gegend (Dr. Kurt Lück), über die Wilmesauer Tracht, über die rheinhessischen Siedlungen bei Lodz usw., ferner ausführliche Berichte über Aufbau und Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens in Polen, über ländliche Jugendarbeit, betriebswirtschaftliche Fragen u. a. m. (Verlag Landwirtschaftliches Zentralwochenblatt für Polen. Herausgegeben vom Verband deutscher Genossenschaften in Polen, Posen. 182 Seiten.)

Masurischer Volkskalender für 1937. Vom Bund Deutscher Osten, Untergruppe Ostpreußen-Süd, herausgegeben, erscheint der Masurische Volkskalender. Er ist unter das Wort des Führers gestellt: „Ich glaube nicht, daß es in Deutschland ein Gebiet gibt mit mehr Treue als das Masurenland". Gute landeskundliche und geschichtliche Darstellungen von Hurtig, Carl Engel, Pogeda u. a., heimatliche Erzählungen von Skowronnek, Buchholtz, Bialluch usw. beweisen den deutschen Charakter des Landes. Sachkundige Arbeiten über Siedlung und Volkskunst sollen ebenso wie die Aufsätze über die Hitlerjugendarbeit, das Volkslied usw. den Geist der wirtschaftlichen und kulturellen Selbsthilfe fördern. Friedrich der Große und Bismarck werden in einer Sammlung von Anekdoten lebendig. Das schöne Deutschland erscheint in Bild und Text. Der kalendarische Teil ist den ländlichen Bedürfnissen der Leser angepaßt, für die der Kalender bestimmt ist. (Verlag Bund Deutscher Osten, Untergruppe Ostpreußen-Süd, Allenstein. 198 Seiten. Preis 0.20 RM.)

E. Baensch jun. A.G., Magdeburg

Graphischer Großbetrieb und Verlag

Buch-, Stein-, Offset- u. Kupfertiefdruck · Großbuchbinderei

Ansichtspostkarten, Künstlerpostkarten in farbig Offset- u. Tiefdruck / Gratulat.-Postkarten für alle Gelegenheiten
Bitte verlangen Sie Muster und unverbindliches Angebot

SCHLESIEN

Breslau

Plakate druckt Speer!
BRESLAU, OFENERSTR. 122
TEL. 56725

Diabetiker Gebäck und Nährmittel
S. Friedländer, Inh. Adolf Koch
Breslau I, Ohlauer Straße 39
Deutsches Geschäft
Fordern Sie Preisliste

Buchdruckerei
Lampner & Schmidt
Breslau 1, Herrenstr. 7
Spez. Karten- u. Plandruck in schwarz und bunt
Lieferant des „Bundes Deutscher Osten"

Adressiermaschinen
Addiermaschinen
Druckmaschinen
Rechenmaschinen
Schreibmaschinen
Vervielfältiger
Buchhaltungen — Registraturen
Karteien — Büromöbel in Holz und Stahl
Büro Bedarfsges. Breslau
Arnold v. Kondratowicz, Tauentzienstr. 53

Gustav Knauer
Möbeltransport
Speicherei
Spedition
Breslau 6
Telefon 28747

Victor Zimmer
Breslau, Albrechtstraße 52
Buchhandlung

H. Gräbner & Sohn
Inhaber: Arthur Gräbner

Spezialwerkstätten für Büromöbel
Breslau 13, Höfchenstr. 36/40
Fernruf 34794
Lieferant des Bundes deutscher Osten, Breslau, Gartenstraße, Landeshaus.
Für Ortsgruppen des Bundes Sonderpreise.



Lessing & Pohl
Breslau, Taschenstr. 29-31 Ruf 54682
Ältestes Fachgeschäft des Ostens für Mal- und Zeichenbedarf
Sämtliches Material für Schulen u. Künstler. Bastelmaterial, Werkstoffe für den Flugmodellbau

Wer nicht inseriert, wird nicht beachtet!

Hüte, Herren-Artikel
NS-Ausrüstungen
Wilh. Krien, Breslau, Gartenstraße 92

A. u. C. Metzner
Breslau 1, JETZT Ohlauer Straße 82
KORSETT-SPEZIAL-GESCHÄFT
Ständig Eingang von Neuheiten in Korseletts, Hüftgürteln, Leibbinden und Büstenhaltern

Hüte · Mützen
modern · gut · preiswert
gegr. 1865
Servatius Böhm Schweidnitzer Str. 41/42

Kurt Schoeppe
Spezialbaustoffe
Breslau 2, Hubenstraße 2
Tor 6. Fernsprecher 33783

Lyon-Schnitte
und Modenzeitungen zeigt Ihnen
Otto Littmann, Breslau, Ring 2

Alwin Kaiser

Stempel
Schilder
Schablonen
Abzeichen
Gravuren

Breslau 1, Am Rathaus 15
Fernruf 29487 - Gegründet 1868



Paß- und Ausweisbilder
4 Stck. 0,50, sofort mitzunehmen

Photomaton
Beuthen O.S., Bahnhofstraße 13. Breslau, Neue Schweidnitzerstr. 1 und Hauptbahnhof

Uhren-Schultze

Breslau I, Junkernstr. 12
gegenüber Kissling
Alpina-Uhren — Trauringe

B e u t h e n

Hans Schlenga
vorm. Gebr. Markus
Beuthen O./S., Ring 23
Kurz-, Weiß-, Wollwaren
Damenbekleidung - Putz

Bierhaus
Willimsky
Gleiwitzer Straße 25
Fernsprecher 2820
Treffpunkt aller B.D.O. Mitglieder

Johannes Reinbach
BEUTHEN O/S - Gleiwitzer Str. 4
Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Herrenartikel, Gardinen, Damenkonfektion

Konzerthaus-Gaststätte

H e r m a n n B e r n a r d
Beuthen O./S. Tel. 2247
Verkehrslokal d. B.D.O.

Koindek & Co.

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Tarnowitzerstr. 19. Tel. 2033

M. Skrzypczyk

Fachgeschäft für moderne
Herren- u. Knabenbekleidung
Ring 21 / Tel. 5004

B u n z l a u

Oswald August
Bunzlau, Zollstraße 15
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Schnittwaren — Trikotagen
Herrenartikel

K. Gottschling
Bunzlau, Bahnhofstr. 1
Leinen • Wäsche • Betten

Bücher u. Noten

Appuns Buch- u. Musikalienhandlung
A. Neudecker, Inh. Willi Konzok
Bunzlau, Markt 29 (Ecke Bahnhofstr.). Tel. 1298

G l a t z

Spare
bei der
Städt. Sparkasse
in Glatz
Gegründet im Jahre 1821

Eine kleine Anzeige ist besser als keine Anzeige!

Friedrich Franke
Tischlermeister
Bau- u. Möbeltischlerei, Sargmagazin, Aufbahrungen, Überführungen
Glatz, Gerberstr. 6-8, Am Roßmarkt
Fernruf 2496

H a y n a u

Gaststätte
Volksgemeinschaftshaus
Haynau, Schlesien
Inh. H. Wilde / Fernruf 9
Preiswerter Mittagstisch
Verkehrslokal vom B. D. O.

L a u b a n

Georg Kluge, Tischlermeister
Lauban i. Schles., Nicolaiplatz 5
Möbel- und Bautischlerei
sowie Särge in a l l e n Preislagen stets am Lager, sowie Ueberführungen

L i e g n i t z

Deutsches Volkshaus
Inh. Paul Becker
LIEGNITZ, Bismarckstraße 4
Fernruf 3275
Verkehrslokal v. B. d. O.
Preiswerter Mittagstisch

R e i c h e n b a c h

Immer auf der Höhe

in Auswahl, Qualität
Preiswürdigkeit!

Paul Eitner
Reichenbach (Eulengeb.) Seit 1910

Aug. Splittgerber
Haus- und Küchengeräte
Reichenbach - Eulengb.

Bestattungen in Feuer und Erde

Bes. Kurt Förster
Waldenburg-Altwasser
Charlottenbrunnerstraße 6
empfiehlt sich dem B.D.O.
führe auch M ö b e l aller Art

OSTPREUSSEN